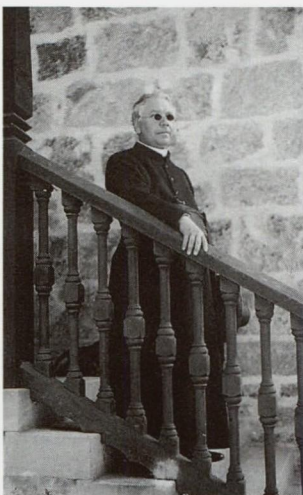


– Fünftens zeigte sich, dass sich die Zentren der Veränderungsbewegung in den Oberländer Gemeinden Balzers, Triesen und Triesenberg zu entwickeln begannen.

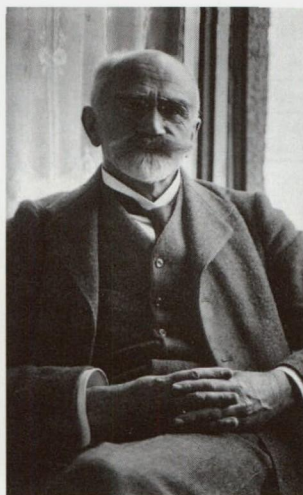
– Sechstens waren Einflüsse von aussen (vorwiegend aus der Schweiz) gegeben, vor allem was die Verstärkung der Volksrechte und die Verbesserung von Sozialleistungen anbelangte.

– Siebtens wurde mit der Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts (21. Januar 1918) eine wichtige Grundlage für die Entstehung von Parteien geschaffen.

Gesamthaft kann die Periode von 1914–1918 als eine vorbereitende Phase der Entwicklung des Parteiwesens und die Verfassungsfrage von 1921 gesehen werden. Die Forderungen nach wesentlichen Reformen, die grundsätzliche Kritik an Bestehendem und die z.T. respektlosen Angriffe auf die Machtposition des Landesverwesers zeigten, dass inhaltliche Veränderungen kaum mehr zu umgehen waren.



Johann Baptist Büchel
(1853–1927)
Landtagsabgeordneter
1890–1906; 1918–1920



Albert Schädler
(1848–1922)
Landtagspräsident
1882–1886; 1890–1919

DIE LANDTAGSWAHLEN VON 1918

Eine entscheidende Änderung brachte die Einführung des direkten Wahlrechts durch das Gesetz vom 21. Januar 1918.² § 1 dieses Gesetzes lautete: «Der Landtag zählt 15 Mitglieder. Drei derselben werden vom Landesfürsten aus der wahlfähigen Bevölkerung des Fürstentums ernannt, die übrigen aus derselben vom Volke gewählt.» Das direkte Wahlrecht bewirkte, dass im Wahlkampf zu den Landtagswahlen im März 1918 bedeutend mehr Einsatz und Eifer gezeigt wurde als bisher. In zahlreichen Stellungnahmen, Wahlvorschlägen und Kommentaren wurden in den beiden Zeitungen eigene Meinungen angepriesen und gegnerische kritisiert, manchmal diskreditiert. Den einen warf man vor, sozialistisches Gedankengut zu vertreten, die anderen wurden mit dem Etikett «Herrenpartei» versehen. Die Beck-Gruppe nannte sich seit anfangs März «Volkspartei», die Gleichgesinnten um Dr. Albert Schädler, Meinrad Ospelt und Dr. Eugen Nipp wurden als «Löwenpartei» bezeichnet.

Die Wahlergebnisse von 1918 können als Erfolg für die Volkspartei interpretiert werden. Sie stellte im Oberland fünf von sieben Abgeordneten. Die höchste erreichte Stimmenzahl eines Volksparteikandidaten war um 216 Stimmen höher als die höchste von einem Vertreter der «Löwenpartei» erreichte Stimmenzahl.³ Der Volksparteiabgeordnete mit der niedrigsten Stimmenzahl hatte immer noch eine Stimme mehr als der mit höchster Zahl gewählte «Löwenpartei»-Vertreter. Man könnte in diesem Fall etwas sarkastisch formulieren: Der Löwenanteil muss nicht immer den grösseren Anteil bedeuten.

Für das Unterland kann keine eindeutige Aussage bezüglich der Zugehörigkeit der Kandidaten gemacht werden, da diese z. T. von beiden Seiten unterstützt worden waren.

Als wichtiger Korrekturfaktor erwies sich nun das Recht des Fürsten, drei Abgeordnete zu ernennen. Er tat dies im April 1918 und entschied sich für den bischöflichen Landesvikar Kanonikus Johann Baptist Büchel, den fürstlichen Sanitätsrat Dr. Albert